

STADT BAD SACHSA
Hauptamt

Az.: 10 24 03 -10

Bad Sachsa, 2. April 2019

w./-

PROTOKOLL

über die öffentliche **Ratssitzung** am **Donnerstag**, dem **28. März 2019**, ab **19:00 Uhr** im **Kursaal**.

Anwesend sind

- a) vom Rat der Stadt: stellvertretender Ratsvorsitzender Georg, die Beigeordneten Boehm, Hausemann, Kellner und Rockendorf sowie die Ratsmitglieder Fieker, Foth, Henze (ab 19:17 Uhr, TOP b)), Jung, Kasper, Maas, Metzger, Quade, Schaal, Seele, Dr. Wedler und Ziegenbein;
 - b) von der Verwaltung: Stadtoberamtsrat Weick, Forstamtsrat Bosse, Verwaltungsfachangestellter Spieweck, Stadtamtsrätin Urban und Stadtamtsinspektorin Weick als Protokollführerin;
 - c) als Gäste: Kreisrätin Dornieden (Landkreis Göttingen) und Abteilungsleiter Dr. Götz (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport) von 19:30 bis 21:15 Uhr.
- Es fehlen entschuldigt: Ratsvorsitzender Bruchmann, Beigeordneter Simon, die Ratsmitglieder Dr. Köhring und Täuber sowie Geschäftsführer Völz.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stellvertretender Ratsvorsitzender Georg eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung des Sitzverlustes des Rats Herrn Dr. Michael Köhring gem. § 52 Abs. 1 Ziff. 1 NKomVG – DS-Nr. 1/19 –

Mit Hinweis auf die Ratsvorlage dankt Stadtoberamtsrat Weick Herrn Dr. Köhring, der sich für die Sitzung entschuldigt hat, für dessen Engagement als Ratsherr. Anschließend stellt der Rat durch einstimmigen Beschluss dessen Sitzverlust fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Stadtoberamtsrat Weick teilt mit, dass Frau Kitty Maas zwischenzeitlich schriftlich erklärt hat, das ihr durch den Verzicht von Herrn Dr. Köhring zugefallene Mandat annehmen zu wollen. Deshalb bittet er um Aufnahme des Tagesordnungspunktes

„Verpflichtung der Ratsfrau Kitty Maas gemäß § 60 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 i.V.m. § 54 Abs. 3 NKomVG durch den 2. stellvertretenden Bürgermeister“.

Mit Schreiben vom 21. März 2019 hatte Stadtoberamtsrat Weick – nach zuvor einvernehmlich erfolgter Erörterung im Finanzausschuss – eine Ratsvorlage zum Thema

„Überplanmäßige Ausgabe Holzernte beim Produktkonto 555000 421202“

vorab übersandt und angekündigt, diesen Punkt mit auf die heutige Tagesordnung nehmen zu wollen und diesen als TOP 14. abzuwickeln.

Der Rat stimmt der Erweiterung der Tagesordnung einstimmig zu.

Stadtoberamtsrat Weick hat gestern eine telefonische Information erhalten, wonach an der heutigen Ratssitzung – im Hinblick auf den Tagesordnungspunkt „Sondierungsgespräche“ – Frau Kreisrätin Dornieden und Herr Dr. Alexander Götz, Abteilungsleiter 3 „Kommunal- und Hoheitsangelegenheiten“ des Niedersächsischen Innenministeriums teilnehmen werden, nachdem sie bereits die heutige Sitzung des Rates der Stadt Bad Lauterberg im Harz besucht haben.

4. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung vom 6. Dezember 2018

Das Protokoll über die öffentliche Ratssitzung vom 6. Dezember 2018 wird einstimmig genehmigt.

5. **Verpflichtung der Ratsfrau Kitty Maas gemäß § 60 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 i.V.m. § 54 Abs. 3 NKomVG durch den 2. stellvertretenden Bürgermeister**

2. stellvertretender Bürgermeister Boehm nimmt die Verpflichtung von Ratsfrau Maas per Handschlag vor und händigt ihr eine Mappe mit diesbezüglichem Informationsmaterial aus.

6. **Bericht des Bürgermeisters**

Stadtoberamtsrat Weick teilt mit:

a) **Durchführung der Beschlüsse der Ratssitzung vom 6. Dezember 2018**
TOP 6. Ehrung von Ratsmitgliedern

Keine Beschlussausführung erforderlich; die Ehrungen wurden direkt in der Sitzung vollzogen.

TOP 7. Umbildung der Gesellschafterversammlung der Bädergesellschaft ...

Keine weitere Beschlussausführung dieses innerorganisatorischen Aktes notwendig.

TOP 8. 3. Satzung zur Änderung der „Aufwandsentschädigungssatzung“

Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 13.12.2018, Hinweisbekanntmachung im Harz Kurier am 20.12.2018. Rechtskraft ist eingetreten; die Zahlungen wurden aufgenommen.

TOP 9. Dorferneuerung Neuhof, Tettenborn, Nüxei

Nach erfolgter Genehmigung des Haushalts 2019 wird mit der Bearbeitung gemäß Beschlusslage begonnen. Die Abrissanzeige ist beim Landkreis Göttingen eingereicht.

TOP 10. Jahresabschluss 2015 der Stadt Bad Sachsa

Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 07.02.2019, Hinweisbekanntmachung im Harz Kurier am 12.02.2019.

TOP 11. 10. Satzung zur Änderung der „Hundesteuersatzung“

Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 13.12.2018, Hinweisbekanntmachung im Harz Kurier am 20.12.2018. Rechtskraft ist eingetreten.

TOP 12. Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages

Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 13.12.2018, Hinweisbekanntmachung im Harz Kurier am 20.12.2018. Rechtskraft ist eingetreten.

TOP 13. Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages

Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 13.12.2018, Hinweisbekanntmachung im Harz Kurier am 20.12.2018. Rechtskraft ist eingetreten.

TOP 14. Aussetzung des Beschlusses ...

Nach Verweisung in den nicht öffentlichen Sitzungsteil wurden Regelungen getroffen, den zugrunde liegenden Ratsbeschluss beibehalten zu können.

TOP 15. Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Bad Sachsa für das Haushaltsjahr 2019

Mit Verfügung vom 6. März 2019, hier eingegangen am 15. März 2019, hat der Landkreis Göttingen die erforderliche Genehmigung zur beschlossenen Haushaltssatzung 2019 erteilt. Im vertraulichen Sitzungsteil der letzten Finanzausschusssit-

zung hatte Stadtoberamtsrat Weick die neunseitige Verfügung vorgetragen und die Beifügung zum Protokoll der Sitzung angekündigt. Aufgrund des Wunsches eines Sitzungsteilnehmers wurde die Verfügung am darauffolgenden Tag allen Ratsmitgliedern vorab per E-Mail zur Verfügung gestellt. Er geht davon aus, dass sich die Ratsmitglieder damit befassen haben, so dass er heute auf weitere Erläuterungen verzichten kann. Allerdings bittet er auch hier um Kenntnisnahme und Beachtung.

b) Resolution des Rates der Stadt Bad Sachsa bezüglich einer erhöhten Polizeipräsenz

In der Sitzung am 30. Oktober 2018 hat sich der Rat dafür entschieden, sich mit einer Resolution an Herrn Innenminister Pistorius und an Herrn Landespolizeipräsident Brockmann zu wenden, um eine Erhöhung der örtlichen Polizeipräsenz zu erreichen. Dies ist entsprechend erfolgt. Stadtoberamtsrat Weick verliest das Antwortschreiben des Landespolizeipräsidenten vom 30. Januar 2019. Es ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Außerdem hat es am 25. Februar 2019 diesbezüglich eine Erörterung mit Polizeivertretern der Führungsebene im Rathaus gegeben, in der noch weitere Erläuterungen gegeben wurden.

c) 16 Anträge der Gruppe FDP / AKTIV / Täuber

Nachdem Ratsherr Quade den gestellten Antrag seiner Gruppe, einen neuen, regelmäßigen Tagesordnungspunkt für zukünftige Ratssitzungen vorsehen zu wollen – der heißen sollte „Sachstandsbericht zur aktuellen Antragsbearbeitung“ – um auf dem Laufenden bezüglich des Erreichten bleiben zu können, nach Stadtoberamtsrat Weicks Vorbringen und der von ihm gegebenen Zusage, hierüber automatisch zu berichten, zurückgezogen hat, hier die zwischenzeitlichen Weiterungen: umfänglich vorgetragener Zwischenstand in der Ratssitzung vom 30. Oktober 2019; seinerzeit sind einige wenige Punkte offen geblieben.

Beispielsweise die erneute rechtliche Überprüfung von durch den Rat beschlossenen Regelungen bezüglich einer *in einer Ortschaft gelegenen Immobilie*. Die gewünschte Einholung einer weiteren fachanwaltlichen Rechtsauskunft ist erfolgt. Sie wurde umfänglich in der Bauausschusssitzung am 19. März 2019 sowie in der Verwaltungsausschusssitzung am 26. März 2019 erörtert. Laut Stellungnahme der antragstellenden Gruppe damit erledigt.

Zum Antrag mit Bezug auf *Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt* erfolgte eine umfängliche Sachverhaltsaufbereitung und -darlegung in der Verwaltungsausschusssitzung am 26. März 2019. Laut Stellungnahme der antragstellenden Gruppe damit erledigt.

Der *Antrag bezogen auf eine technische Fragestellung* wurde in rechtlicher und technischer Hinsicht in der Verwaltungsausschusssitzung am 26. März 2019 umfänglich dargelegt. Laut Stellungnahme der antragstellenden Gruppe damit erledigt. Die Verwaltung wird in dieser Angelegenheit weiter informieren und ggf. erforderlich werdende Beschlüsse einholen.

Aus Sicht der Verwaltung sind damit die gestellten Anträge abgearbeitet.

d) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Anlegung von Blühwiesen

Der Antrag wird in diesem Jahr testweise auf einer Teilfläche des Forstmeister-Baehr-Platzes und dank entsprechender Bereitschaft des Ortsbürgermeisters von Neuhoof, Ratsherrn Ziegenbein, im hinteren Grundstücksbereich neben dem DGH Neuhoof umgesetzt. Weiterhin wird es eine Privatinitiative im Bereich der Straßenecke Brandstraße / Hohebergstraße geben. Die Verwaltung wird zu einem späteren Zeitpunkt über die hier gewonnenen Erfahrungen berichten.

e) Antrag der Gruppe K | R | S 2.0 bezogen auf eine konkrete Personalie

In der Verwaltungsausschusssitzung am 26. März 2019 zwar nicht im Wortlaut, aber vom Gesamtzusammenhang her umfänglich dargelegt. Damit einvernehmlich als erledigt angesehen worden.

f) Weitere wichtige Sachverhaltsdarlegungen

In den vorangegangenen Fachausschusssitzungen wurde eine Vielzahl von teilweise wichtigen Informationen unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ vermittelt, auf deren Wiederholung – auch ansatzweise – verzichtet wird. Stadtoberamtsrat Weick bittet, diese den jeweiligen Protokollen zu entnehmen.

g) Jüngste Initiative der Ideen-Auffangstation Bad Sachsa

Stadtoberamtsrat Weick bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Ideen-Auffangstation eine Initiative unter dem Motto „Bad Sachsa putzt sich raus“ ergreift, die von zwei Stellen im Stadtgebiet ausgehen wird und am kommenden Samstag von 10:00 bis 13:00 Uhr stattfindet. Man begibt sich damit erfreulicherweise in eine Tradition, die in den drei Ortschaften bereits seit Jahrzehnten sehr erfolgreich unter der Bezeichnung „Umwelttag“ durchgeführt wird. Aber ebenso in Bad Sachsa auch bereits in sehr guter Zusammenarbeit zwischen dem Harzklub und der Grundschule praktiziert wurde. Die Bauabteilung unterstützt diese lobenswerte Aktion durch die Bereitstellung eines Bauhof-Fahrzeuges, durch Zurverfügungstellung von Müllsäcken und Arbeitshandschuhen sowie von Spezial-Spray zur Schilderreinigung und Entfernung von Aufklebern. Das Kinderbüro zudem durch Stellung von Pappbechern und -tellern sowie von Servietten und Keksen. Weiterhin stellt Stadtoberamtsrat Weick aus den „Verfügungsmitteln des Bürgermeisters“, mit denen er äußerst zurückhaltend umgeht, einen Geldbetrag für den anschließenden Imbiss zur Verfügung. Schon im Vorfeld danke er allen an der Aktion Beteiligten herzlich für dieses Engagement.

Stadtoberamtsrat Weick begrüßt die in der Zwischenzeit eingetroffenen Gäste, Frau Kreisrätin Dornieden und Herrn Abteilungsleiter Dr. Götz.

7. Einwohnerinnen-/Einwohnerfragestunde, welche sich auf die vorgesehene Tagesordnung der Sitzung zu beziehen hat (Dauer: 20 Minuten)

In der Einwohnerinnen-/Einwohnerfragestunde von 19:31 bis 19:38 Uhr werden folgende Punkte angesprochen:

- Wann ist der Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften mal wieder in den Sitzungen anwesend, um ihm Fragen stellen zu können?
- Wann werden die Bürger*innen in das Thema Fusion einbezogen?
- Wenn Landrat Reuter sagt, dass die Fusionsgespräche völlig offen sind, warum werden diese dann nicht mit allen Gemeinden (zum Beispiel Hohenstein) der Umgebung geführt?

8. Ernennung eines Ortsbrandmeisters für die Ortsfeuerwehr Neuhof
– DS-Nr. 2/19 –

Stellvertretender Ratsvorsitzender Georg dankt den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren für ihr ehrenamtliches Engagement zum Wohle der Bevölkerung.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

9. Ernennung eines stellvertretenden Ortsbrandmeisters für die Ortsfeuerwehr Neuhof
– DS-Nr. 3/19 –

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Stadtoberamtsrat Weick vollzieht die Ernennungen und überreicht sodann unter dem Beifall der Mitglieder des Rates den Herren Kratzin und Klinke die Urkunden nebst einem Präsent.

10. Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 05 „Erweiterung Fa. Hinrichs Dental“ im Ortsteil Neuhof
1. Anregungen und Bedenken aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB – DS-Nr. 4/19 –

Der stellvertretende Ratsvorsitzende verweist auf die umfangreiche Ratsvorlage und die Vielzahl von Beschlussvorschlägen, denen sich der Rat insgesamt jeweils einstimmig bei einer Stimmenthaltung anschließt.

11. Einführung von HATIX im Landkreis Göttingen – DS-Nr. 5/19 –

Unter Hinweis auf die geänderte Ratsvorlage geht Stadtoberamtsrat Weick auf die diesbezügliche Diskussion in der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses ein. Der heutige Beschluss hat insofern noch keine Auswirkungen auf

die künftige Beteiligung der Stadt Bad Sachsa. Er versetzt lediglich die Verwaltung in die Lage, einen Vertragsentwurf einzuholen, der dann wieder in den Geschäftsgang geht. Stadtoberamtsrat Weick ist dennoch froh, diesen Weg gewählt zu haben. Nach zwei Finanzausschusssitzungen hatte er den Eindruck einer positiven Einstellung zur HATIX-Einführung. Diese Stimmung schien zu schwanken, als deutlicher auf die Finanzierung durch Gästebeiträge hingewiesen wurde. Eine andere Möglichkeit, diese Kosten aufzubringen, sieht er nicht. Der städtische Haushalt hat keinen Spielraum für „freiwillige Leistungen“, und eine weitere Erhöhung des ohnehin hohen Gästebeitrages kann wohl ausgeschlossen werden.

Beigeordneter Rockendorf bedauert sehr, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag keine Zustimmung im Fachausschuss gefunden hat. Um mit den anderen Kommunen Schritt zu halten, sieht er hier die Pflicht etwas zu tun, um wettbewerbsfähig zu bleiben. HATIX hat nicht nur einen enormen Werbeeffect, sondern auch ökologische Aspekte. Natürlich hat die Finanzierung über den Gästebeitrag zu erfolgen. Er zeigt ein Berechnungsbeispiel bei geringfügiger Erhöhung auf.

Ratsherr Quade würde der Verwaltungsvorlage uneingeschränkt zustimmen. In den vergangenen Monaten hat man sich regelmäßig über die städtische Finanzlage und die der Gesellschaften ausgetauscht. Die Gesamtsituation ist hinlänglich bekannt. Er verrät keine Geheimnisse bzw. bricht die Vertraulichkeit, wenn er darauf hinweist, dass seit 2017 insgesamt 2,35 Mio. Euro an städtischen Zuschüssen in die Gesellschaften geflossen sind; und das Geld ist weg. Er appelliert an die Ratsmitglieder, die Gesellschaften zu konsolidieren und zukunftsfähig zu machen. Vom Geschäftsführer kann erwartet werden, dass er die Vorgaben einhält. Auch die Mehrheitsfraktionen müssten einiges hinterfragen. Das Gemeinwohl steht im Vordergrund. HATIX wäre für Bad Sachsa wichtig. Der Harz Kurier-Berichterstattung vom 26. März 2019 hat er insofern nichts hinzuzufügen. Für die Finanzierung den Gästebeitrag einzusetzen, ist eine eindeutige Verwendungsmöglichkeit dieser Gelder. Eine Übersicht des Mitteleinsatzes im Rahmen der Vermarktung bzw. des Veranstaltungsangebotes wäre dringend erforderlich. Hier fehlen die Grundlagen einer Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer.

Ratsherr Metzger ist froh darüber, dass das Thema jetzt verhandelt wird. Schon vor zwei Jahren stand er HATIX persönlich sehr offen gegenüber. Eine Erhöhung des erst kürzlich angehobenen Gästebeitrages bringt nichts. Der Mehrgewinn kam den Veranstaltungen zugute: das hat viele Gäste erreicht. Geld ist nicht einfach weg! SalztalParadies, Kurhaus, Ravensberg, Veranstaltungen – all das kostet. Er schlägt bis Ende 2022 einen Versuch vor, der durch eine Gästebefragung über die Vermieter*innen eine bessere Beurteilungsgrundlage schaffen könnte. Über die Finanzierung muss man reden und die Auswirkungen kennen, wenn man den Gesellschaften diese 75.000 € wegnimmt. Beispielsweise könnte man in den kommenden drei Jahren den Gästebeitrag um jeweils 10 Cent erhöhen und den Rest über die Gesellschaften finanzieren. Kreative Lösungen sind gefragt.

Ratsherr Quade lehnt es ab, Misswirtschaft oder Fehlplanungen durch die Erhöhung des Gästebeitrages zu finanzieren. Es müssen kreative Ideen entwickelt werden, statt Minus an anderer Stelle auszugleichen.

Beigeordneter Boehm würde sich freuen, wenn HATIX eine breite Mehrheit finden würde. Allerdings ist die Angelegenheit noch nicht entscheidungsreif. Die angekündigte Informationsveranstaltung unter Beteiligung von Frau Ruppelt (Tourist-Information Bad Sachsa), Herrn Reinboth (Höchste Eisenbahn Südharz) und Geschäftsführer Völz ist sehr sinnvoll, um sich weitere Gedanken zu machen.

Der Rat stimmt dem geänderten Beschlussvorschlag einstimmig bei einer Stimmenthaltung zu.

12. Übertragung der Aufgabe der Erstellung einer Bevölkerungsstatistik auf den Landkreis Göttingen – DS-Nr. 6/19 –

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**13. Jahresabschluss 2015 der Stadt Bad Sachsa;
hier: Verwendungsbeschluss bezüglich des festgestellten
Jahresüberschusses – DS-Nr. 7/19 –**

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**14. Sondierungsgespräche bezüglich einer evtl. Fusionsmöglichkeit mit der Stadt Bad Lauterberg im Harz und der Gemeinde Walkenried;
hier: Verlängerung des gem. Ratsbeschluss vom 24. April 2018 auf ein Jahr
befristeten Zeitraumes um ein weiteres Jahr zur Führung von
Fusionsgesprächen – DS-Nr. 8/19 –**

Stadtoberamtsrat Weick bezieht sich auf die Ratsvorlage, macht deutlich, dass sich Bad Sachsa angesichts der „Entstehungsgeschichte“ jetzt nicht zurückziehen kann und es deshalb folgerichtig ist, sich für eine Verlängerung auszusprechen.

Der Rat der Gemeinde Walkenried und der der Stadt Bad Lauterberg im Harz haben heute Abend bereits einstimmig die Führung von Fusionsgesprächen beschlossen.

Kreisrätin Dornieden hält den Zeitpunkt und die Situation, die durch das Aussetzen der Bürgermeisterwahl entstanden ist, für sinnvoll, auch vor dem Hintergrund der Haushaltslage über eine Fusion nachzudenken. In der gemeinsamen Sitzung der drei Räte in Wieda im März 2019 hatte sie bereits sehr intensiv Zahlen / Daten / Fakten und die Synergien einer größeren Kommune dargestellt. Sie war auf den Finanzausgleich, Schlüsselzuweisungen und das Mehr an Kreisumlage, das für einen gewissen Zeitraum der fusionierten Kommune zurückfließen soll, eingegangen. Einsparungen ergeben sich zudem durch den Wegfall von zwei Bürgermeister*innenstellen. Im Rahmen der Erfüllung des Zukunftsvertrages ist den

Bürger*innen eine Menge zugemutet worden. Eine Fusion könnte Spielräume schaffen, um handeln zu können (nicht verwalten, sondern gestalten).

Wenn man jetzt die Sondierungsgespräche fortsetzt, müssen die Details im Sinne eines Projektmanagements besprochen werden. Zielvorgabe ist der 1. November 2021, um die nächste Kommunalwahl mit der Bürgermeister*innenwahl zu verbinden. Nun müssen zunächst die Rahmenbedingungen geschaffen, Chancen und Risiken benannt und Kriterien verabschiedet werden, die erfüllt sein müssen. Zuvor sind die Regularien klar zu formulieren, damit am Ende verlässliche Entscheidungen zustande kommen. Der heutige Beschluss stellt den Auftakt für weitere intensive Gespräche dar. Der Landkreis ist gern bereit, diesen Prozess zu unterstützen.

Abteilungsleiter Dr. Götz ist klar, dass man sich eine solche Entscheidung nie leicht macht und diese mit einem mulmigen Gefühl verbunden ist, weil man etwas wehmütig ein Stück Eigenverantwortung aufgibt. Verantwortungsgefühl hat die Stadt Bad Sachsa beim disziplinierten Abarbeiten des Zukunftsvertrages gezeigt. Er spricht dem Rat dafür Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig möchte er ihn ermutigen, den nächsten Schritt zu tun. Aus der Erfahrung Anderer Ideen entwickeln, was man machen könnte, schafft gemeinsame Perspektiven. Beispielweise im Bereich Tourismus: Wo will man hin? Erfolg stellt sich ein, wenn gemeinsame Ziele die finanziellen Möglichkeiten erhöhen. Das Land will hier gern Hilfestellung leisten. Durch den Zukunftsvertrag sind schon einmal Mittel in diese Region geflossen. Im weiteren Verlauf der Fusionsverhandlungen will sich das Innenministerium dafür einsetzen, dass es zu finanziellen Unterstützungen kommt. Er ist guten Mutes, dass es gelingen könnte, noch einmal Geld bereit zu stellen. Die Hilfe des Landkreises, den Mehrertrag aus der Kreisumlage wieder zurückzugeben, soll rechtssicher gewährleistet werden. Für den weiteren Verlauf ist es wichtig, mit den Partnern ehrlich umzugehen, notwendige Informationen zu geben und sich mit Wertschätzung zu begegnen. Er wünscht allen Beteiligten viel Glück, bietet die Hilfe des Innenministeriums an und ist überzeugt, dass eine Fusion die Region weiter voranbringt. Die nächsten Monate werden intensiv sein; er wünscht eine gute Hand und viel Erfolg.

Beigeordneter Boehm dankt für die Anerkennung zum Zukunftsvertrag. Gleichzeitig macht er deutlich, dass Bad Sachsa einen Bürgermeister braucht. Die Arbeit in der Verwaltung ist da und kann kaum bewältigt werden. Er freut sich über den angedeuteten finanziellen Rahmen, um Überzeugungsarbeit zu leisten. Dennoch hält er eine Wahl nach wie vor für richtig; die SPD-Fraktion wird sich deshalb auch enthalten.

Ratsherr Quade zählt sich zu den jüngsten Teilnehmern der gemeinsamen Ratssitzung in Wieda und bedauert, dass Ratsherr Metzger dort nicht anwesend sein konnte. Heute geht es nicht um die Fusion, sondern um Gespräche, die zu einer Fusion führen könnten. Zunächst einmal müssen die No-Gos thematisiert werden. Die Kommunen stehen vor enormen Herausforderungen. Eine Fusion bietet Chancen, nicht weiter nur die Mängel zu verwalten. Die gemeinsame Zukunft zu gestalten, sollte nicht nur ein Anliegen der jüngeren Generation sein. Er möchte hier leben und nicht nur überleben.

Ratsherr Fieker betrachtet die Lage aus finanzieller Sicht, sieht hinsichtlich der Entwicklung des Ortes seit fünf Jahren eher einen Stillstand. Kritik übt er dabei an der Arbeitsweise des ehemaligen Bürgermeisters und der Situation der städtischen Gesellschaften. Man sollte froh sein, durch eine Fusion aus der Misere herauszukommen. Jetzt besteht die Möglichkeit, sich für die Zukunft aufzustellen. Eine größere Einheit verfügt über eine größere Verwaltung, eine größere Spezialisierung, auch um die notwendige Informationstechnik für die Bevölkerung zu schaffen. Als „Motor der Region“ könnte die neue Kommune zukunftsfähige Strukturen gestalten und den Lebensstandort stärken. Bei einer Gesamtverschuldung von 21 Mio. Euro bietet der städtische Haushalt keine Spielräume, zumal die städtischen Gesellschaften wie ein Tropf daran hängen. Lange geplante Investitionen können nicht umgesetzt werden. Er wünschte sich, dass die Mehrheitsgruppe Einsparungen vornehmen würde. Seine Gruppe hat fünf neue Anträge vorbereitet. Nun müssen alle gemeinsam konsolidieren. Es ist nicht „5 vor 12“, sondern schon „10 nach 12“! Jedes Ratsmitglied ist an die gesetzlichen Vorgaben des NKomVG gebunden. Bei allen Entscheidungen müssen sachliche Argumente und nicht parteipolitische Überlegungen eine Rolle spielen.

Beigeordneter Rockendorf hat sich mit seiner Fraktion sehr frühzeitig zugunsten einer Fusion aufgestellt, um die Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Wenn man nur noch die Pflichtaufgaben erfüllen kann, muss man dem Bürger die Sinnhaftigkeit und Vorteile aufzeigen können. Anhand von Zahlen und wie sich diese in 10 Jahren entwickeln sollte das machbar sein. Mit dem Thema muss ehrlich und aufrichtig umgegangen werden, damit die Kraft, die investiert wird, später auf einen guten, fruchtbaren Weg führt. Bezogen auf die Anmerkung von Beigeordnetem Boehm hinsichtlich des Zustandes der Verwaltung hat er einen ganz anderen Eindruck. Er dankt in diesem Zusammenhang Stadtoberamtsrat Weick und seiner Mannschaft für die in schweren Zeiten geleistete gute Arbeit. Diese ist offen, transparent und ehrlich. So könnte man auch die Zukunft konstruktiv gestalten.

Ratsherr Metzger möchte wissen, wie die Bevölkerung mitgenommen wird. Der Rat ist 2016 nicht für eine Fusion gewählt worden. Das Thema wurde bislang nur vertraulich behandelt. Eine Vision muss ganz vorne stehen. Dafür muss man sich zusammensetzen und eine solche entwickeln. Das hätte schon im letzten Jahr geschehen müssen; stattdessen ist man kein Stück weiter gekommen. Die Fusion wird kommen, spätestens in den nächsten 10 Jahren. Aber momentan herrscht in Bad Sachsa eine Ausnahmesituation: ein demokratisches Element in Form eines Bürgermeister/einer Bürgermeisterin fehlt. Eine Mehrheitsgruppe gibt es nicht. Es gibt Zusammenarbeit, wenn es sich anbietet. Er versteht insofern die hier vorgesehene zusammengefasste Abstimmung nicht. Eine „Sparfusion“, die nur auf Haushaltszahlen abhebt, brauchen wir nicht. Die Vorgehensweise ist nicht besonders demokratisch. Eine Bürgerbeteiligung ist dringend notwendig.

Ratsherr Seele betont, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird, weil der im letzten Jahr begonnene Prozess fortgesetzt werden soll.

Ratsherr Quade erwidert auf die Äußerungen von Ratsherrn Metzger, dass die allgemeine Situation dazu geführt hat, bislang keine Visionen zu entwickeln. Die

Gemeinde Walkenried hat derzeit auch keinen Bürgermeister.

Der Rat schließt sich mit 13 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Beschlussvorschlag an.

Kreisrätin Dornieden und Abteilungsleiter Dr. Götz verlassen um 21:15 Uhr die Sitzung

15. Überplanmäßige Ausgabe Holzernte 555000 421202 – DS-Nr. 9/19 –

Stadtoberamtsrat Weick verliest die Ratsvorlage, auch um der Öffentlichkeit die historische Situation mit nie dagewesenen negativen Ausmaßen zu verdeutlichen.

Der Rat stimmt sodann dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**16. Wasser- Erlebnis-Landschaft Bad Sachsa;
hier: LEADER-Projekt der Bad Sachsa Holding GmbH & Co. KG / Co-Finanzierungsanteil der Stadt Bad Sachsa**

Beigeordneter Rockendorf stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Angelegenheit. Er bittet, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, weil weitere Informationen, auch im Hinblick auf die jetzt vorliegende Haushaltsgenehmigung, ausgetauscht werden müssen.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Georg stellt fest, dass dafür eine 1/3-Mehrheit (6) erforderlich ist.

Ratsherr Metzger empfindet diese Vorgehensweise als undemokratisch und schäbig, weil die Mehrheit der Anwesenden etwas anderes will.

Ratsherr Quade nimmt diese Ausdrucksweise zur Kenntnis und stellt sich die Frage, wie die Angelegenheit überhaupt heute auf die Tagesordnung gekommen ist. Die Ablehnung wurde bereits im letzten Jahr im Finanz- und Verwaltungsausschuss beschlossen.

Beigeordneter Boehm sieht keine vernünftige Demokratie, wenn man sich mit Absicht der Diskussion entzieht.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen entsprochen.

17. Anträge und Anfragen

Keine.

18. Einwohnerinnen-/Einwohnerfragestunde (Dauer: 20 Minuten)

Die Einwohnerinnen-/Einwohnerfragestunde findet mangels Interesses nicht statt.

Ende der öffentlichen Sitzung: 21:38 Uhr

gez. Georg
Stellvertretender
Ratsvorsitzender

gez. Weick
Allgemeiner Stellvertreter
des Bürgermeisters

gez. Weick
Protokollführerin

Anlage

Das Protokoll wurde in der Ratssitzung am 24. Juni 2019 genehmigt.


**Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport**
- Landespolizeipräsidium -

Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Postfach 2 21, 30002 Hannover

 Stadtoberamtsrat der Stadt Bad Sachsa
Herrn Uwe Weick
Bismarckstraße 1
37441 Bad Sachsa

Mitteilung Rat

Bearbeitet von: Frau Henke

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

 Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
21.11-02011/21

 Durchwahl Nr. (05 11) 1 20-
6069

 Hannover
30 .01.2019

Polizeipräsenz in der Stadt Bad Sachsa

Sehr geehrter Weick,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. November 2018 in welchem Sie sich im Namen des Rates der Stadt Bad Sachsa für die Verstärkung der örtlichen Polizeipräsenz in der Stadt Bad Sachsa einsetzen. Mit der Resolution kritisiert dieser, dass die durch den „Rund-um-die-Uhr-Dienst“ des Polizeikommissariats (PK) Lauterberg und den Tagesdienst der Polizeistation (PSt) Bad Sachsa erkennbare polizeiliche Präsenz als nicht ausreichend wahrgenommen wird. Ihr Schreiben lag ebenfalls Herrn Minister Pistorius vor. Er hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Die niedersächsische Polizei nimmt die Sorgen der Menschen in jeder Region Niedersachsens sehr ernst. Das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung hat für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Polizei eine hohe Relevanz. Die Polizeipräsenz ist dabei ein häufig diskutiertes Thema. Die Verteilung des Personals in der Polizei Niedersachsen dient dem Ziel, für die Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung regionaler Strukturen landesweit gleiche Sicherheitsstandards zu gewährleisten.

Das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport nimmt die notwendigen strategischen Schwerpunktsetzungen im Hinblick auf die vielfältigen polizeilichen Aufgabensetzungen vor. Diesem ganzheitlichen Auftrag widerspräche es, lediglich einzelne Organisationseinheiten oder Anliegen in den Fokus zu stellen, sofern dies nicht aus besonderem Anlass angezeigt sein sollte.


 Dienstgebäude/
Paketanschrift
Lavesallee 6
30169 Hannover

 Telefon
(05 11) 1 20-0
Telefax
(05 11) 1 2060 65

 E-Mail
LPP@mi.niedersachsen.de

 Nach Dienstschluss:
(05 11) 1 20-61 50

 Überweisung an Niedersächsische Landeshauptkasse Hannover
Konto-Nr. 106 035 355
Norddeutsche Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
IBAN DE4325050000106035355
BIC NOLADE2HXXX

Die Polizeidirektion Göttingen analysiert und bewertet für ihren Zuständigkeitsbereich in einem ständigen Prozess die Sicherheits-, Einsatz- und Kriminalitätslage, um personelle und materielle Ressourcen eigenverantwortlich so effektiv und effizient wie möglich einsetzen zu können. Veränderungen in der Lageentwicklung ziehen Veränderungen in der polizeilichen Schwerpunktsetzung nach sich. Dies kann zu verändertem Personaleinsatz bzw. zu Personalverschiebungen oder auch zu Änderung der Abdeckung von Präsenzzeiten in Polizeidienststellen führen. Dies geschieht immer unter Prüfung aller Anforderungen an die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung und insbesondere im Hinblick auf die Wahrnehmung polizeilicher Kernaufgaben sowie die Flächenpräsenz.

Zu den geschilderten Umständen in der Resolution habe ich die Polizeidirektion Göttingen, die als örtlich zuständige Polizeibehörde den Einsatz ihres Personals eigenverantwortlich steuert, um Stellungnahme gebeten.

Auf Grundlage der Betrachtung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik der Jahre 2016 und 2017 sowie prognostischer Betrachtung des Jahres 2018 konnte von Seiten der Polizeidirektion Göttingen im Rahmen eines objektiven Lagebildes eine besorgniserregende Entwicklung der Straftaten im Zuständigkeitsbereich des PK Bad Lauterberg bzw. der PSt Bad Sachsa nicht festgestellt werden. Die Anzahl der dort bekannt gewordenen Fälle im Vergleich der Berichtsjahre 2016 zu 2017 ist um - 13,5% zurückgegangen. Für das Berichtsjahr 2018 wird ebenfalls ein leichter Fallzahlenrückgang im mittleren einstelligen Bereich erwartet.

Durch das Präventionsteam der Polizeiinspektion Northeim/Osterode wurden im Jahr 2016 auf Anforderung insgesamt 6 kriminalpolizeiliche Beratungen in der Stadt Bad Sachsa durchgeführt. Im darauffolgenden Jahr 2017 waren es 2 Beratungen und im Jahr 2018 keine Beratung. Des Weiteren hat in Bad Sachsa in Kooperation mit dem Verein Haus&Grund in den Jahren 2017 und 2018 jeweils eine Veranstaltung zum Thema „Einbruchsschutz“ stattgefunden.

In den Jahren 2015 und 2016 haben zusätzlich Gespräche zwischen dem Leiter der Polizeiinspektion Northeim/Osterode und dem damaligen Bürgermeister der Stadt Bad Sachsa, Herrn Dr. Hartmann sowie mit Ihnen, als dessen allgemeiner Vertreter, stattgefunden. Diese Gespräche sollen laut Polizeidirektion Göttingen zukünftig fortgeführt und intensiviert werden.

Die Polizeiinspektion Göttingen (Zuständigkeit seit dem 01.01.2019) möchte den transparenten Dialog vor Ort weiter intensivieren, um mögliche negative Aspekte in Bezug auf die subjektive Sicherheit zu erörtern und insbesondere um die polizeilichen Strukturen darzustellen. Hierzu ist geplant

eine Sicherheitskonferenz mit den kommunalen Verantwortungsträgern im 1. Quartal 2019 durchzuführen.

Das Sicherheitsgefühl der Menschen wird allerdings von vielen Faktoren beeinflusst. Häufig besteht zwischen der subjektiven Sicherheit und objektiver Faktenlage eine merkliche Diskrepanz. Das Sicherheitsempfinden kann grundsätzlich als ein mehrdimensionales Gefüge von kriminalitätsbezogenen Einstellungen verstanden werden. Es wird z.B. durch die persönliche Betroffenheit von Straftaten im sozialen Umfeld, durch individuelle Wahrnehmung und Bewertung von Merkmalen der Umgebung (verlassene Gebiete, Dunkelheit) oder durch die Berichterstattung in den Medien beeinflusst. Maßnahmen, die negativen Tendenzen entgegenwirken, sind dabei zu begrüßen und zu unterstützen.

Einen Ansatz hierzu bietet die Kriminalprävention. Sie ist allerdings auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein von der Politik und der Polizei geleistet werden kann. Es kommt maßgeblich auf alle staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, die Wirtschaft und die Medien an.

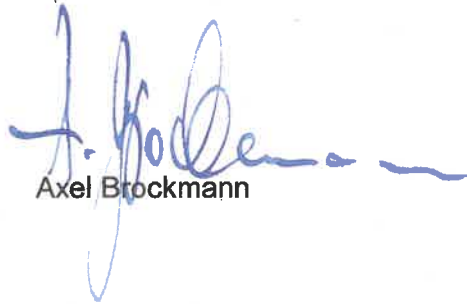
Polizeiliche Präsenz definiert sich allerdings auch nicht nur über die Stärke und Dienstregelungen einzelner Organisationseinheiten, sondern ist immer in der Gesamtheit eines Dienststellenbereiches zu beurteilen. Hierzu gehören neben den Präsenzdiensten der PSt Bad Sachsa insbesondere der Einsatz- und Streifendienst des PK Bad Lauterberg wie auch der Einsatz zentraler Einheiten, z.B. Tatortgruppe, Verfügungseinheit oder Fahndung. Des Weiteren stehen für Einsatzlagen neben den Funkstreifenwagen des PK Bad Lauterberg alle sonstigen frei verfügbaren Funkstreifenwagenbesatzungen der Polizeiinspektion Göttingen als auch der benachbarten Dienststellen zur Verfügung.

Die aktuellen Personalstärken für die Standorte Bad Lauterberg und Bad Sachsa basieren auf einer belastungsorientierten Personalverteilung und gewährleisten die grundsätzliche Interventionsfähigkeit sowie die ganzheitliche polizeiliche Flächenpräsenz. Regelmäßig wird geprüft, ob lage- und einsatzangepasste Präsenzzeiten auch in der Woche - in die Nachtstunden hinein - erweitert werden müssen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Polizeiinspektion Göttingen und die nachgeordneten Dienststellen die Sicherheitslage im Bereich Bad Sachsa fortwährend betrachten und in künftige Entscheidungsprozesse einbinden. An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf aufmerksam ma-

chen, dass die Bedeutung der polizeilichen Präsenz im ländlichen Raum für das Ministerium für Inneres und Sport außer Frage steht. Eine starke Flächenpräsenz der Polizei spiegelt die grundlegende Ausrichtung der Landesregierung wider.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Brockmann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Axel Brockmann